

Hans Wolfgang Rubin: Die Stunde der Wahrheit, 1967

Die Stunde der Wahrheit – wenn die Zeichen nicht täuschen – sie steht kurz bevor. Wen sie unvorbereitet trifft, wer glaubt, ihr immer noch ausweichen zu können, wer es alsdann noch wagt, sich und andere zu täuschen, der wird in ihr umkommen. (...)

Wahr ist, daß sich Freund und Feind darüber einig sind, daß die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 weder möglich noch wünschenswert ist. Das Recht auf Heimat gilt – wenn überhaupt – nicht nur für Deutsche.

Wahr ist, daß Deutschland als Großmacht ein Alpdruck für die ganze Welt ist. Kein Zweifel, daß ein Versuch der Bundesrepublik, militärische Atommacht zu werden, von der UdSSR und ihren Verbündeten als unerträgliche Provokation und Gefährdung der eigenen Sicherheit empfunden und äußerste Gegenwirkungen auslösen würde.

Wahr ist, daß Ost und West aus für sie guten Gründen ein geteiltes Deutschland lieber sehen als ein wiedervereinigtes. Auch unsere Freunde werden keine Hand für die Wiedervereinigung rühren, es sei denn, ihre Interessen verlangen das, und wir hätten ihnen in Jahrzehnten den Beweis unserer Friedfertigkeit und demokratischen Zuverlässigkeit geliefert. An beidem zweifeln sie heute.

Wahr ist, daß es keine Wiedervereinigung ohne Anerkennung der seit 1945 geschaffenen Fakten geben wird. Wer die Wiedervereinigung will, muß die Oder-Neiße-Linie anerkennen und die Existenz des anderen kommunistischen Staates auf deutschem Boden mit allen unvermeidlichen Konsequenzen zur Kenntnis nehmen.

Wahr ist, daß die Wiedervereinigung nie ein „Anschluß“ der DDR an die Bundesrepublik sein wird. Sie stellt für beide Seiten ein nicht unbeträchtliches Risiko dar. Man vergesse nicht: Die Aufnahme von Kommunisten in eine gemeinsame deutsche Regierung ist unter den obwaltenden Verhältnissen mehr als ein kalkulierbares Risiko. Eine Konföderation bedürfte ungewöhnlicher internationaler Garantien und Sicherungen, soll das Experiment für den Westen nicht tödlich enden.

Wahr ist, daß die Bundesrepublik ein Produkt des „kalten Krieges“ ist und im Zeichen der weltpolitischen Entspannung noch keinen rechten Platz, noch viel weniger ein rechtes Selbstverständnis gefunden hat. Daher ist ihre Situation bei allem Bemühen und manchen Erfolgen letzten Endes so labil. Ernsten Bewährungsproben scheinen ihre Bürger nicht gewachsen.

Wahr ist, daß die Bundesrepublik 15 Jahre lang nur bedingt eigene Politik, sondern als Folge des verlorenen Krieges primär eine Politik der Alliierten betrieben hat. Weil sie als „Schild“ der NATO

benötigt wurde, glaubte sie sich unentbehrlich und zu einer Politik der Stärke fähig. Sie hat damit das Mißtrauen der ganzen Welt erregt und sich schließlich zwischen alle Stühle gesetzt.

Wahr ist, daß die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik keineswegs eindeutig positiv verlaufen ist. Starke konservative, häufig reaktionäre Kräfte haben die Schaffung einer informierten, einer wahrhaft offenen Gesellschaft anhaltend behindert und verhindern sie noch. Sie gilt es endgültig zu stoppen und den im Grundgesetz konzipierten liberalen Staat zu schaffen.

Wahr ist, daß es in der DDR soziale Errungenschaften gibt, die die dortige Bevölkerung nicht schlechthin gegen ein Mehr an Freiheit aufzugeben bereit ist. In der Bundesrepublik gibt es andererseits nicht wenige, die gegen ein Mehr an sozialer Sicherheit (oder was sie dafür halten) ein gutes Stück Freiheit einzutauschen bereit sind. Eine Wiedervereinigung setzt daher eine weitgehende Angleichung der sozialen Systeme voraus, was speziell die westlichen Wirtschaftskreise zur Kenntnis nehmen sollten, die – unpolitisch wie sie sind – auf ein „zweites Wirtschaftswunder“ spekulieren.

Wahr ist, daß ein wiedervereinigtes Deutschland aller menschlichen Voraussicht nach nur ein neutralisiertes, in seiner Souveränität beschränktes Deutschland sein wird. Es kann nur Teil eines integrierten Europas mit gleichfalls angeglichenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen sein, oder es wird bei einer westintegrierten Bundesrepublik und einer ostintegrierten DDR auf absehbare Zeit bleiben. (...)

Wahr ist, daß es nur eine Rechtfertigung für die große Koalition gibt, nämlich ihre Möglichkeit, alle überfälligen, bisher ungelösten Probleme wegen ihrer qualifizierten, schlechthin alles gestattenden Mehrheit angehen zu können. Es gibt für sie also keine Entschuldigung, wenn sie sich dieser ihrer eigentlichen Aufgabe versagt. Es genügt jedenfalls nicht, die noch immer höchst problematische, superperfekte Notstandsgesetzgebung zu demokratisieren, die von CDU/CSU und SPD maßgeblich verschuldete Wirtschafts- und Finanzkrise zu bekämpfen. (...)

Die F.D.P. muß ihre einmalige Chance als parlamentarische Opposition begreifen. Sie hat diesen Katalog von Wahrheiten öffentlich zu machen und die Politik der Großen Koalition dauernd an diesen Wahrheiten zu messen. Legitimiert wird sie für diese Aufgabe durch ihre Pflicht als Opposition und die Ehrlichkeit und Konsequenz ihres eigenen radikal-demokratischen Handelns, durch den Abbau überholter gesellschaftspolitischer Vorstellungen und Interessen und durch ihre Bereitschaft zum Ausgleich nationaler Gegensätze und zur Überwindung der die europäischen Völker trennenden Grenzen.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren – die Stunde der Wahrheit und der Bewährung rückt unerbittlich näher!

Quelle: Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955 – 1970, Bonn 1988, S. 534ff.